

3155/AB XX.GP

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Georg Wurmitzer und Kollegen
betreffend Finanzierung der Wiener Zeitung aus
Steuermitteln, (Nr. 3214/J)

Zur beiliegenden Anfrage möchte ich einleitend folgende bemerken:

In den Buchhaltungen werden für jeden „Geschäftspartner“ eines Ressorts sogenannte „Personenkten“, die sich auf physische oder juristische Personen (also Einzelpersonen bzw. Firmen etc.) beziehen, eröffnet. Es müssen bei einer Personenktenabfrage zum Begriff "Wiener Zeitung" - Wie sie zur Beantwortung der vorliegenden Fragen erforderlich ist - alle darauf befindlichen „Bewegungen“ (Buchungen wie Kreditbindungen, Zahlungen, Schulden oder Forderungen etc.) aufgrund der dazugehörenden Belege, die sich in einer gesonderten Ablage befinden, einzeln und händisch gesichtet und auch daraufhin geprüft werden, ob es sich bei der jeweiligen Buchung um eine finanzielle Leistung an das Unternehmen "Wiener Zeitung" handelt. Zusätzlich ist dann anhand der Einzelbelege zu überprüfen, ob es sich bei diesen finanziellen Leistungen etwa um ein Inserat, Beilagen, Stellenausschreibungen, öffentliche Vergaben bzw. Veröffentlichungen etc. handelt.

Da seitens einiger nachgeordneter Dienststellen praktisch täglich Veröffentlichungen im Amtsblatt der Wiener Zeitung erfolgen, würde dies für den in der Anfrage genannten Zeitraum einen nicht zu bewältigenden Verwaltungsaufwand nach sich ziehen.

Es wurde daher die Beantwortung auf das Jahr 1997 und den Bereich der Zentralstelle beschränkt.

Zu den Fragen 1 bis 13 führe ich folgendes aus:

Im Jahr 1997 wurden bis Ende November 1997 von der Zentraleitung folgende Einschaltungen in der Wiener Zeitung getätigt:

4 Kundmachungen und Verordnungen

10 Stellenausschreibungen

13 öffentliche Vergabeausschreibungen

Beilagen zur Wiener Zeitung bzw. andere Publikationstätigkeiten wurden nicht in Auftrag gegeben.

Die Gesamtkosten dieser Einschaltungen betragen ca. 195.900,-- Schilling.